

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 05/10

MAGDEBURG, 26.11.2010

VDP RICHTET PETITION AN DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUR FINANZIERUNG VON NICHT VERKÜRZBAREN UMSCHULUNGEN

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e. V. (VDP) hat beim Deutschen Bundestag eine Petition eingereicht, die zum Ziel hat, künftig wieder die Gesamtfinanzierung von sog. nicht-verkürzbaren Umschulungen (z. B. in der Gesundheits- und Pflegebranche oder bei den Erzieher/innen) gesetzlich zu ermöglichen.

„Der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften vor allem in der Gesundheits- und Pflegebranche wird in den kommenden Jahren nicht mehr allein über die berufliche Erstausbildung und die zusätzliche Anwerbung von ausländischem Fachpersonal sichergestellt werden können. Deshalb sollte man auch wieder verstärkt auf das Potential berufserfahrener motivierter Arbeitssuchender zurückgreifen. Hierzu bedarf es aber einer Änderung des § 85 Abs. 2 SGB III.“, so Manfred Zimmer, Vorsitzender des VDP Sachsen-Anhalt.

Erst vor wenigen Tagen hat das Statistische Bundesamt Untersuchungen veröffentlicht, wonach der demografische Wandel zu einem 50-prozentigen Anstieg der Anzahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 sowie zu einem gleichzeitigen Anstieg der Behandlungen in Krankenhäusern um rund ein Drittel führen wird. Dennoch werden aus den Mitteln der aktiven Arbeitsmarktpolitik grundsätzlich nur Umschulungen voll finanziert, deren Dauer gegenüber der Regelausbildung verkürzt werden kann. Wenn dies – wie z. B. bei den Ausbildungen in der Alten- und Krankenpflege, der Physio- und Ergotherapie, der Logopädie oder bei den Erziehern – aufgrund bundes- oder landesgesetzlicher Vorgaben nicht möglich ist, soll das letzte Drittel derartiger Umschulungen (inkl. dem Lebensunterhalt der Umschüler/innen) vollständig durch Dritte (z. B. das jeweilige Bundesland) finanziert werden.

„Wir brauchen hier eine einheitliche bundesweite Lösung und für die Arbeitslosen wäre bei der Förderung ein einheitlicher Ansprechpartner wichtig. Die Chance, durch eine Modifizierung des § 85 SGB III dem Fachkräftemangel wirksam entgegenwirken und gleichzeitig Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig abbauen zu können, sollte der Bundesgesetzgeber nutzen. Dies ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.“, so nochmals Zimmer.

Die Petition ist unter dem Titel „Förderung der beruflichen Weiterbildung – Förderung von nicht verkürzbaren Umschulungen“ (Pet-ID 14 819) veröffentlicht und kann online unter <https://epetitionen.bundestag.de> noch bis zum 05.01.11 direkt unterstützt werden.

Verantwortlich für den Inhalt:
Jürgen Banse,
Geschäftsführer VDP Sachsen-Anhalt